

BastA!

Nr. 4 / November 1999

Basels starke Alternative

Kein Zickzack

Wahlen 99

Das Bündnis hat sein Ziel, einen Nationalratssitz zu erringen, klar verfehlt. Das Wahlergebnis hat in allen beteiligten Organisationen Kontroversen ausgelöst, so auch BastA!-intern. War das Bündnis grundsätzlich ein Fehler oder soll die Bündnisidee weiterentwickelt werden? Ein Diskussionsbeitrag von René Etter und Martin Brunner.

Die Nationalratswahlen 99 sind über die Bühne, die SVP-Gewinne kommentiert und beklagt, Zauberformeln in Frage gestellt - es ist nicht unsere Aufgabe hier noch einen zusätzlichen Beitrag zu leisten. Hingegen muss uns die unbequeme Frage interessieren, weshalb das Bündnis - auch für aussenstehende Auguren überraschend - derart viele Stimmen eingebüsst hat.

Kritische Stimmen haben in der Diskussion um die Form der elektoralen Zusammenarbeit die Befürchtung geäussert, ein Bündnis der fünf unterschiedlich gewachsenen und schwerpunktmässig differierenden Strukturen könne kaum ein genügend starkes Profil entwickeln, welches die angestammten -

und darüber hinaus auch aussenstehende - WählerInnen zu mobilisieren vermöge. Auch wenn wir den damaligen Entscheid für das Bündnis nach wie vor für richtig halten: Die Befürchtung war nicht grundlos.

Bündnis-Idee nicht durchgekommen

Ein erster Grund für die massiven Stimmenverluste muss wohl darin gesehen werden, dass die Idee des Bündnisses - in der Plattform ausgezeichnet beschrieben und begründet - nicht nur ausserhalb des Bündnisses zu wenig zur Kenntnis genommen wurde, sondern auch innerhalb. Letzteres dürfte massgeblich für Ersteres verantwortlich gewesen sein. Die Diskrepanz zwischen der Bündnisidee und dem Bündnisverhalten der einzelnen Mitglieder der Bündnisorganisationen (und auch der Organisationen selbst!) lässt sich an vielen Beispielen zeigen.

Augenscheinlich war es etwa am Bündnisfest, das trotz guter Mobilisierung kaum die Aktiven der fünf Gruppen zu interessieren vermochte. Auch das



René Etter (links) und Martin Brunner

konkrete Engagement für das Bündnis - etwa in den organisationseigenen Publikationen - war eher verhalten, und es ist anzunehmen, dass politisch weniger versierte WählerInnen „ihre“ Organisation im Bündnisrahmen gleichsam nicht erkannt haben. Die Annahme liegt nahe, dass die Bündnisidee noch allzu sehr eine Kopfgeburt ist, die ihre Feuertaufer im Entwickeln einer gemeinsamen Praxis erst noch bestehen muss. Ein relativ kurzfristig beschlossener gemeinsamer Wahlkampf kann diese gemeinsame Praxis nicht ersetzen. Die postulierte Gemeinsamkeit bedarf der Ergänzung durch die gelebte, und erst letztere wird erlauben, das Potenzial, das uns auch unsere politischen Kontrahenten und Kontrahentinnen attestieren, auszuschnöpfen.

Zusammenarbeit intensivieren

Die Grossrätinnen und Grossräte der Bündnisorganisationen haben während der laufenden Legislatur in der gemeinsamen Fraktion seriöse und gute Arbeit

Fortsetzung nächste Seite



Laut Umfragen nach den Wahlen wählten viele Menschen mit geringem Einkommen die SVP. Bild: Graffiti in Berlin

Mutationen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Kein Zickzack

(Fortsetzung)

geleistet. Sie waren in allen wesentlichen Fragen präsent, und als Organisationen haben wir uns sowohl initiativ- wie referendumsfähig gezeigt. Muss die Tatsache, dass uns die WählerInnen nicht nach Bern schicken wollen, als ein Verkennen dieser Leistung gedeutet werden? Wir meinen nein. Viele werden sich die Frage gestellt haben, was in erster Linie lokal verankerte Organisationen auf der nationalen Ebene bewirken können - und was sie anders tun können als die SozialdemokratInnen. Auf die Grünen als Teil einer gesamtschweizerischen Organisation trifft diese Argumen-

tation zwar nicht zu; allerdings ist es ihnen noch weniger als den andern beiden Gruppen gelungen, ihre WählerInnen von der Notwendigkeit einer Vertretung in Bern zu überzeugen. Auch hier scheint nur eine längerfristige, intensive und gemeinsame Arbeit, die sich weder auf die elektorale noch auf die parlamentarische Ebene beschränkt, eine Voraussetzung dafür zu sein, dass uns mehr Menschen auch eine Wirksamkeit über den lokalen Rahmen hinaus zutrauen.

Kurzfristige Kurswechsel unangebracht

Es gibt eine Politik nach den Wahlen schreibt Martin Flückiger in einer Einladung zu einer Bündnis-Veranstaltung zur Migrationsfrage. Er gibt damit die Denkrichtung an, die nach den Wahlen Not tut, und er unterstreicht Ueli Mäders Aussage, dass das Bündnis kein wahltaktisches Manöver, sondern ein über die Wahlen hinausreichendes Projekt sei, das unsere sozialen, ökologischen und feministischen Anliegen besser zu verwirklichen vermöge. Wir nehmen diese Aussage, resp. die in der Plattform formulierten Perspektiven und Forderungen ernst als

die Formulierung einer Strategie, oder mehr noch einer Haltung, die man nicht einfach nach Belieben wechselt wie das Hemd. Sie einer kurzfristig eingefahrenen Wahlniederlage zu opfern wäre ein Zeichen politischer Unzuverlässigkeit. Das gilt für BastA! selbst dann, wenn der eine oder die andere Partnerin aussteige: umso mehr müsste für die Bündelung der Kräfte gekämpft werden. Wir lösten damit - ohne gewählt worden zu sein - ein Wahlversprechen ein.

Bündnis weiterentwickeln

Ein näheres Zusammenrücken in einer gemeinsamen Praxis auf möglichst vielen Ebenen, die Bereitschaft, neben dem eigenen Süppchen (das durchaus schmackhaft sein darf) längerfristig ein gemeinsames Hauptgericht zu kochen - das sind die Signale, die die Menschen, die wir ansprechen wollen, verstehen werden. Wir brauchen uns bei dieser Aufgabe nicht zu überfordern: sie braucht Zeit, nicht zuletzt für eine vertiefte Auseinandersetzung innerhalb des Bündnisses. Erst diese wird uns erlauben, aus den verschiedenen Einzelprofilen ein charakteristisches neues Gesamtprofil zu entwickeln. Dies - und das auf lokaler Ebene erarbeitete Vertrauen in unsere Politik - wird die Voraussetzung für zukünftige Mandate sein.

René Etter und Martin Brunner



Warten auf den (politischen?) Frühling. Blick aus dem BastA! Sekretariat über die Dächer von Basel (Foto: M. Flückiger)

Fraktionen!

Grosser Rat

Chaotische Verhältnisse beim ED

Im August wurden die Basler Schulen vom Erziehungsdepartement (ED) angewiesen, zusätzlich Sparleistungen in der Höhe von ca. 10 Mio. zu erbringen. Eine Interpellation von Rolf Häring brachte an den Tag, dass bei den Vorgaben und Berechnungen des ED katastrophale Pannen vorgekommen sind. Die Sparaufträge mussten zurückgenommen werden. Mit einer Ausnahme: Die Kleinklassen sollten nicht verschont werden. Rolf Häring sah sich deshalb zu einer 2. Interpellation genötigt. Nachdem sich nun der Gesamtregierungsrat der Zustände auf dem ED angenommen hat ist zu hoffen, dass auch die Kleinklassen zu ihrem Recht, bzw. zu ihrem Geld kommen.

Solarstrom aus St. Jakob

Die Regierung unterstützt die von Ueli Mäder eingereichte Interpellation zur Förderung des Solarstroms auf dem Dach des St. Jakob-Parks. Die Regierung

ist auch bereit, einen entsprechend Anzug entgegenzunehmen und darüber zu berichten, wie sich erneuerbare Energie bei Gebäuden mit öffentlicher Bedeutung nutzen lassen. Über 100 Mitglieder des Grossen Rates haben diesen Anzug von Ueli Mäder mitunterzeichnet. Das kommt alle paar Jahre höchstens einmal vor. Der Anzug wurde am 17. November 1999 überwiesen.

„Augen auf“

An derselben Grossratssitzung wurde auch eine weitere Interpellation von Ueli Mäder behandelt, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten bei Ausschaffungen richtet. Laut der Regierung gab's bisher in Basel-Stadt keine Ausschaffungen nach „Level 3“, bei denen die „Ausreisenden“ mit verklebtem Mund auf einen Rollstuhl gefesselt werden. Die Basler Gruppe „Augen auf“ ruft in einer Medienerklärung vom 15.11.99 dazu auf, Beispiele von rüden Ausschaffungsmassnahmen bei ihnen (Tel. 681'55'22) zu melden.

Personalgesetz: Kündigungsschutz ungenügend

Bei der Beratung des Personalgesetzes hat die Fraktion Grüne/BastA!, zusammen mit der Frauenliste und der DSP, versucht, den Kündigungsschutz zu verbessern. Es ging vor allem darum, dass Krankheit, gesundheitliche Beeinträchtigungen und der Abbau von Stellen keine Kündigungsgründe sein sollten. Der Staat ist ein genügend grosser Arbeitgeber, um in solchen Fällen die ArbeitnehmerInnen intern neu zu platzieren. Auch ein Antrag auf Verlängerung der Sperrfrist bei Krankheit von 1 auf 2 Jahre ist nicht durchgekommen. Enttäuschenderweise hat die SP gegen diese Anträge gestimmt. Zusammen mit den SozialdemokratInnen hätten alle unsere Anträge durchgebracht werden können. Es ist unverständlich, wie sich SP und VPOD mit Kündigungsbestimmungen zufrieden geben konnten, die schlechter sind als die Regelung in der Chemie und sogar schlechter als im Vertrag des Bauhauptgewerbes!

René Etter



Damit wir weitermachen können, brauchen wir Deine/Ihre Unterstützung

Liebe Leserin, lieber Leser

Im Namen von BastA! möchte ich allen danken, die uns in den vergangenen Wahlen unterstützt haben. Das Wahlergebnis entspricht nicht unseren Hoffnungen. Wir sehen aber auch keinen Grund, den Kopf hängen zu lassen.

Wir leben in einer komplexen Welt, die sich rasch wandelt. Das verunsichert. Ein wachsender Teil der Bevölkerung spricht auf national-konservatives Gedankengut an und ist empfänglich für einfache Erklärungsmuster und simple Rezepte. Spätestens seit den vergangenen Wahlen wissen wir, dass diese Tendenz auch in der Schweiz zunimmt.

BastA!

Basels starke Alternative

BastA! will auf der Ebene der simplen Rezepte mit der SVP nicht Schritt halten. Wir wollen niemandem etwas vormachen. In unserer politischen Arbeit suchen wir differenzierte Antworten auf komplexe Fragen. Dass viele Menschen mit geringem Einkommen auf Blochers Propaganda hereingefallen

sind, fordert uns heraus, uns weiterhin für die sozial und wirtschaftlich Benachteiligten einzusetzen. Eine gesicherte Existenz ist ein Grundrecht, das allen Menschen zusteht. Dieses Recht kann und muss heute eingefordert werden, zumal in einem der reichsten Länder der Welt. Wer sich materiell abgesichert weiss, ist vielleicht auch weniger anfällig auf fragwürdige politische Parolen.

Damit wir weitermachen können, sind wir auf Deine/Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Die vergangenen Wahlen haben bei BastA! nicht nur enttäuschte Gesichter, sondern auch ein Loch in der Kasse hinterlassen. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 8000 Franken. Und die nächsten Wahlen stehen bereits vor der Tür. Eine linke Kraft, die für soziale Gerechtigkeit einsteht und sich klar von Fremdenfeindlichkeit, nationaler Arroganz und billigem Populismus distanziert, ist heute nötiger denn je.

Beachten Sie bitte den beiliegenden Einzahlungsschein.
Wir freuen uns über jede Spende.
Danke!

Martin Flückiger
Sekretär BastA!

Basel im November 1999

BastA!
Basels starke
Alternative
Rebgasse 1
Postfach
4005 Basel
Tel./Fax 061
691 16 31
PC 40-31244-5

Im Schnitt gibt ein Schweizer Haushalt 6000 Franken im Jahr für Mobilität aus. Andere verzichten weitgehend darauf, weil sie von diesem Betrag ein halbes Jahr leben müssen. Wer aber nicht mobil ist, bleibt häufig ausgeschlossen.



Nelly Delaquis¹ bekommt von der Fürsorge 1010 Franken im Monat. Das muss reichen für Mietnebenkosten, Nahrung und Kleider, den Coiffeur, das Telefon, Mal- und Sprachkur-

se, für Papier, Stifte oder ein Buch und auch für das U-Abo zu monatlich 59 Franken. Nur die Miete und die medizinische Grundversorgung bezahlt das Fürsorgeamt zusätzlich.

Nelly Delaquis ist häufig zu Fuss unterwegs oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln. «Das U-Abo leiste ich mir, damit ich meine Kurse besuchen kann.» Früher brauchte sie es auch für die Stellensuche, aber nach vielen Absagen hat sie den Mut verloren. Umso wichtiger sind die Sprach- und Malkurse. Die heute 58-jährige wurde als Kind von einem Heim ins andere geschoben. Als sie zwanzig war, konnte sie weder lesen noch schreiben. Das hat sie erst mit den Kursen der ATD Vierte Welt richtig gelernt.

Die Nichtregierungsorganisation kämpft weltweit gegen Armut und Elend. Für ATD-Mitarbeiterin Annelise Oeschger ist die Ausgabenliste des Fürsorgeamts unrealistisch. «Es ist eine Heuchelei, wenn auch das U-Abo und das Halbtax aufgeführt sind.» Gemäss ihrem Kollegen Paul King leisten sich nur wenige Fürsorgeabhängige ein Halbtax, Reisen ist zu teuer. Trotzdem sind die Leute viel unterwegs. «Der Überlebenskampf zwingt sie, ständig zu organisieren – wenn sie überhaupt noch mögen. So war eine Frau wegen eines Shampoos gegen Läuse ein Wochenende plus den ganzen Montag unterwegs, nur um sich das nötige Geld zu beschaffen. Die Leute sind eigentlich dauernd ausser Atem», erzählt Oeschger.

Der Betrag von Fr. 1010.– monatlich für eine Person (Grundbedarf 1) entspricht den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Grundbedarf 2 – in Basel 100 Franken für die erste Person eines Haushalts – soll die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben erleichtern. Gemäss Alfred Trechslin, Leiter der Abteilung Fürsorge, lassen sich die aufgelisteten Bedürfnisse mit den Unterstützungsbeiträgen abdecken, wobei nicht alle alles brauchen. Nicht alle rauchen, brauchen das U-Abo oder einen Fernseher. Situationsbeding-

Nicht zuletzt das Auto kann zum wichtigen Integrationsfaktor werden.

te Mehrkosten wie etwa für einen komplizierten Arbeitsweg würden allenfalls separat vergütet. Oft hätten die Leute



Armut siedelt entlang Schienen und Ausfallstrassen.
Foto: cultur prospectiv²

1998 gab es in Basel 6500 Dossiers für Unterstützungsbeiträge des Fürsorgeamts mit rund 10'000 Personen. 20% der Fälle betreffen so genannte working poor, also Arbeitende, deren Einkommen nicht ausreicht, 40% suchen Arbeit, 14% sind alleinerziehend, 9% haben physische oder psychische Probleme, 17% haben verschiedene Probleme wie beispielsweise Sucht.

aber Mühe beim Einteilen, dann brauche es eine Beratung. Trechslin macht keinen Hehl daraus, dass dazu manchmal die Zeit fehlt. Die Personalaufstockung habe nicht mit der Entwicklung Schritt gehalten. Dass es mit der Versorgung noch einigermaßen klappe, sei dem enormen Engagement des Personals zu verdanken.

Häufig genügen die Budgetberatungen allein nicht. Es braucht Informationen zur gesamten Lebensgestaltung, etwa zu Kindererziehung, Gesundheit, Bildung, kulturellen Angeboten oder auch Mobilität, wie die Soziologin Therese Walter in ihrer Studie² zur Armut ausführt. Sie plädiert unter anderem für die Gründung von Kompetenzzentren, wo Wissen und Erfahrungen mit Krisen- und Armutssituationen weitergegeben werden können.

Der Mobilität kommt gemäss Walter zusammen mit der Wohnform eine besondere Bedeutung in unserer Wohlstandsgesellschaft zu. Wer nicht uneingeschränkt reisen sowie schön und „gut“ wohnen kann, fühlt sich zwangsläufig ausgeschlossen. Nicht zuletzt das Auto kann dabei zum wichtigen Integrationsfaktor werden. Kein Wunder also, wenn es manchmal gerade Mittellose mit allen Mitteln verteidigen. Walter schlägt die Subventionierung von Billetten des öffentlichen Verkehrs vor, als eine von zahlreichen Massnahmen, die gegen die Armut ergriffen werden können. Denn Mobilität erhöht die Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können und nicht ausgegrenzt zu werden.

Anne-Lise Hilty

¹ Name von der Redaktion geändert.

² Therese Walter, *Erfahrene Armut in Familien*, Zürich 1999

Als "Unbekannte" gewählt

Verfassungsrat

Unter der Rubrik "Gewählte, die man bis jetzt nicht kannte" wurde in der Basler Zeitung an drittletzter Stelle Irene Amstutz erwähnt. Auch viele BastA!-Mitglieder mögen sich gefragt haben, wer denn die Historikerin und Frauenstadtrundgängerin sei, die da für ihre Organisation in den Verfassungsrat gewählt worden ist.

Unbekannt zu sein ist in dem 60-köpfigen Verfassungsrat, der von älteren und vor allem auch bekannten Baslern nur so strotzt, nicht das einzige Minderheitenkriterium, das auf mich zutrifft: Ich gehöre zu den 30% Frauen, die gewählt worden sind, und mit 34 Jahren zu den 14 unter 40-Jährigen im Gremium. Als Akademikerin gehöre ich zwar klar zur absoluten Mehrheit im Rat. Dass ich dies nach einer Textillaborantinnenlehre, Berufstätigkeit und Abendmatura erst seit kurzem bin, ermöglicht mir jedoch, auch

andere Perspektiven in die Diskussionen einfließen zu lassen.

Die Verfassung mag zwar vielen als etwas sehr abstraktes und alltagsfernes erscheinen. Letztendlich bildet sie aber die Grundlage unseres Staatswesens und legt Wertvorstellungen fest, die für die gesetzgebenden Instanzen verbindlich sind. Deshalb freut es mich besonders, bei der ersten Totalrevision einer Basler Verfassung

mitdiskutieren zu dürfen, bei der dies auch Frauen tun können. Die alte Verfassung, über hundert Jahre alt, stammt aus einer Zeit, als unter Gleichberechtigung die Abschaffung der Stände verstanden wurde. Als Historikerin, die sich intensiv mit Frauengeschichte befasst hat, setze ich mich dafür ein, dass die Gleichstellung von Mann und Frau auf Verfassungsebene verankert und mit Zusätzen, die zur faktischen Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern führen sollen, ergänzt wird. Die Stär-

kung der Volksrechte, etwa durch die Einführung eines konstruktiven Referendums oder eines Stimm- und Wahlrechts für MigrantInnen, liegt mir besonders am Herzen. Im Sozialbereich steht für mich das Grundrecht auf eine gesicherte Existenz im Vordergrund. Doch

auch die Organisation des Fürsorgewesens müsste meines Erachtens thematisiert werden. Mein besonderes Augen-

merk gilt ausserdem Themen wie Umweltschutz, Kultur und Bildung.

Mein Engagement für eine bessere Verfassung wäre im Alleingang wenig erfolgversprechend. Die Zusammenarbeit mit linken und fortschrittlichen Kräften wird daher zentraler Bestandteil der Arbeit im Rat sein. Und natürlich bin ich auf BastA!-interne Diskussionen und Anregungen angewiesen, um im Verfassungsrat zukunftsweisende Ideen einbringen zu können.

Irene Amstutz



Für BastA! im Verfassungsrat:
Irene Amstutz

Die alte Verfassung stammt aus einer Zeit, als unter Gleichberechtigung die Abschaffung der Stände verstanden wurde



Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.



Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 50.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.



Ja, ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr.

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).



Ich bestelle ... Exemplar(e) der Bündnis-Wahlplattform (30 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 4.-

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Die letzte Nummer?

Das BastA!-Bulletin wird an rund 1200 Mitglieder und SympathisantInnen gratis verschickt und profitierte bis anhin von den ermässigten Zeitungstransporttaxen der Post. Ab dem Jahre 2000 will die Post nun diese ermässigten Taxen nur noch Zeitschriften mit einer beglaubigten abonnierten Auflage von mindestens 1000 Abonnements gewähren. Damit wir diese Bedingung erfüllen können, rufen wir alle Leserinnen und Leser auf, einen kleinen Beitrag an das BastA!-Bulletin zu leisten. Denn ohne die ermässigten Tarife kommt das Bulletin in arge finanzielle Bedrängnis und könnte kaum mehr im bisherigen Umfang und Rhythmus erscheinen. Mitglieder und GönnerInnen von BastA! können wir problemlos als AbonnentInnen verbuchen. Alle anderen Leserinnen und Leser bitten wir um

5 Franken für ein Jahresabo!

Herzlichen Dank im Voraus. Und zum Schluss noch ein Hinweis: Einzahlungen mit dem Vermerk „Geschenkabo“ ohne Namensnennung des/der Begünstigten werden wir LeserInnen zuordnen, die bis anhin noch nichts bezahlt haben.

Impressum: Nr. 4/November 1999. Herausgeber: BastA!, Basels starke Alternative, Rebgeasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, PC 40-31244-5, erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Martin Brunner, René Etter, Martin Flückiger, Regula Iselin, Druck: Rumzeis Basel